

Aus: **Ausgabe vom 22.07.2017**, Seite 1 (Beilage) / Wochenendbeilage

» Kapital nährt sich von schlecht bezahlter Arbeit«

Gespräch mit Philippe Martinez. Über Angriffe auf das französische Arbeitsrecht, das Verhältnis der Gewerkschaften zueinander und die Bedeutung von »Liberté, Égalité, Fraternité«

Interview: Hansgeorg Hermann



Arbeiter der CGT demonstrieren in Marseille gegen die Änderungen am französischen Arbeitsrecht (14. Juni 2016)

Foto: Jean-Paul Pelissier/ Reuters

Die Confédération générale du travail, CGT, ist seit einigen Monaten trotz ihrer nahezu 700.000 Mitglieder nicht mehr der größte Gewerkschaftsverband in Frankreich. Diesen Titel musste sie an die staatstragend auftretende Confédération française démocratique du travail, CFDT, abgeben. Ihr gehören mittlerweile angeblich 860.000 Personen an. Wie ist diese Entwicklung zu erklären?

Dafür sind wir einerseits selbst verantwortlich, weil wir in vielen Betrieben nicht mehr präsent sind. Andererseits konnten wir auf schnelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt nicht immer reagieren. Die Zahl der Auslagerungen – zum Beispiel in den Bereichen Chemie und Metall, bei der Eisenbahn und der früheren France Télécom – hat rapide zugenommen. Vorher waren verschiedene Fertigungsprozesse in einem einzigen Betrieb organisiert, heute werden ganze Abteilungen in Länder mit niedrigem Lohnniveau verlagert. Im öffentlichen Dienst sind wir nach wie vor die führende Gewerkschaft, doch im privatwirtschaftlichen Bereich sind wir es nicht mehr. Dort haben wir zum Teil auch deswegen keine CGT-Delegierten mehr, weil die Betriebsleitung bevorzugt Leute einstellt, die nicht bei uns organisiert sind (in Frankreich erfolgt die Beschäftigtenvertretung auf betrieblicher Ebene durch ein komplexes System, das sowohl gewerkschaftliche als auch direkt von der gesamten Belegschaft gewählte Strukturen umfasst, jW).

Die Bosse fragen nach der Gewerkschaftszugehörigkeit, bevor sie einstellen?

Das passiert immer häufiger, obwohl die Lohnabhängigen nicht auf solche Fragen antworten müssen. In diesen Betrieben haben wir dann keine Delegierten, es gibt bei der Betriebsratswahl keinen Auftritt der CGT, folglich können wir auch nicht gewählt werden und verlieren dort den Kontakt zu den Arbeitern. Wir gehen deshalb in die Betriebe, verteilen unsere Informationsblätter und versuchen, diesen Kontakt wiederherzustellen.

Vor zehn Monaten haben wir uns an dieser Stelle über die großen Protestveranstaltungen gegen die Änderungen am Arbeitsrecht durch die damalige sozialdemokratische Regierung Hollande-Valls unterhalten. Sie sagten, die Demonstrationen hätten die starken Gewerkschaften und die Mehrheit der Bevölkerung in seltener Solidarität vereinigt. Gegenwärtig ist festzustellen, dass nicht einmal die Arbeiter zweier kooperierender mittlerer Produktionsbetriebe mehr in der Lage sind, solidarisch zu handeln.

Sie sprechen von GM & S und PSA ...

Genau. Zuletzt wurde die Peugeot-Motorengießerei in La Souterraine durch Arbeiter des PSA-Peugeot-Zulieferers GM & S blockiert, deren Werk geschlossen werden soll. Der Vertreter der Gewerkschaft Force Ouvrière, FO, kritisierte das. Ein Delegierter Ihres Verbands von GM & S unterstützte die Aktion hingegen.

Die Reaktion der Force Ouvrière ist wohl mit der Situation vor Ort zu erklären. Ich erinnere an 1947, als wir zusammen den größten Arbeitskampf in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung bestanden haben. Streiks bei Citroën, SNCF, Peugeot, Michelin, doch dann gab es die Trennung der antikommunistischen Minderheit in der CGT vom Dachverband und die Gründung der kleineren Force Ouvrière. Wir können nicht immer einer Meinung sein. Was uns im vergangenen Jahr zusammengeschweißt hat, war ein Ereignis von Bedeutung: Die Novelle des Arbeitsrechts, das die damalige Regierung im Sinne der Unternehmer und am Parlament vorbei per Dekret beschloss. Wir brauchen offenbar solche Ereignisse, um in Solidarität zusammenzufinden. Der Kampf schafft diese Gemeinsamkeit. Unsere Gesellschaft ist furchtbar individualisiert, und deshalb sind Mobilisationen

wie im vergangenen Jahr starke Momente, die uns alle zusammenbringen. Wir müssen es aber schaffen, uns immer solidarisch zu verhalten.

Sprechen Sie einfach nicht »die gleiche Sprache« wie die FO?

Es gibt Beispiele für Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit – und es gibt Beispiele dafür, dass die Kollegen von der Force Ouvrière bisweilen eher wie Unternehmer argumentieren.

Was heißt das für die Auseinandersetzung bei GM & S?

Dort sehen wir die nahezu komplette Abhängigkeit eines kleinen Unternehmens von zwei Konzernen, von PSA-Peugeot und Renault. Dieser GM & S-Zulieferer ist in Schwierigkeiten, weil ihm von den genannten Unternehmen Direktoren aufgedrückt werden, die nicht an den Betrieb, sondern an ihr Bankkonto denken. Direktoren, die »ihre« Firma und die Arbeiter ausrauben – sie sind gemeine Diebe. Wir erleben hier Manager, die sich solche Betriebe aneignen, um sie zu plündern. Wir, die Lohnabhängigen, wollen Autos herstellen. Die Produktion ist unser Ziel. Und diese kleinen Betriebe sind enorm wichtig für die Konzerne. Wir müssen daher den Staat und den Großbetrieb dazu bringen, das einzusehen und entsprechend zu handeln. Wenn solche Produktionsstätten den Bach runtergehen, ist das nicht der Fehler der Lohnabhängigen, die sind kompetente Facharbeiter.

Kommen wir zum neuen Arbeitsrecht, das von der abgewählten sozialdemokratischen Regierung eingeführt wurde. Die Novelle ging den Bossen noch nicht weit genug, nun wollen Präsident Emmanuel Macron und seine Regierung das Gesetz abermals überarbeiten. Es heißt, die Regierung verhandelt mit den Gewerkschaftsführern über eine neue Fassung des Textes?

Das sind keine Verhandlungen. Was in diesen Tagen stattfindet, sind die vom Gesetzgeber geforderten, obligatorischen Abstimmungen ohne bindenden Charakter zwischen den Betroffenen. Die Arbeitsministerin schickt uns ihren Kabinettsdirektor, und der schildert uns das ungefähre Große und Ganze. Was wir haben, ist eine 147 Seiten lange »Ordonnance«, eine Verfügung also, ein »Fait accompli« – man stellt uns vor vollendete Tatsachen. Einen Gesetzestext haben wir nicht. Wir durften lediglich unsere Angebote und Forderungen abgeben.

Dieses »Zur Kenntnis Nehmen« wird Ende August abgeschlossen sein. Das ist ein Unding, weil die Franzosen in den kommenden beiden Monaten im Urlaub sein werden. Was uns bleibt, ist die Mobilisation sofort nach den Ferien. Einen ersten Aktionstag haben wir für den 12. September angesetzt.

Auch wenn Sie bisher keinen Gesetzestext haben: In welche Richtung wird der Vorschlag gehen?

Das alte Gesetz kommt wieder auf den Tisch. Alles, was Macron im vergangenen Jahr als damaliger Wirtschaftsminister nicht durchsetzen konnte, wird jetzt in den neuen Vorschlag

eingefügt und beschlossen. Den Arbeitern sollen so viel Rechte wie möglich genommen werden, angeblich, weil das die Unternehmer zu mehr Einstellungen bewegen wird.

Haben diejenigen, die Macron zum Präsidenten gewählt und ihm danach eine absoluten Mehrheit im Parlament verschafft haben, nicht verstanden, was der Mann vorhat?

Im Jahr 2016 hatten sie es kapiert. Gegenwärtig stellen wir fest, dass rund ein Drittel gegen die kommende Novelle ist und ein Drittel nicht so genau weiß, was von ihr zu halten ist. Daher müssen wir informieren und uns auch auf weitere Aktionen im Herbst vorbereiten. Wir selbst haben unsere Forderungen auf 15 Seiten formuliert und lassen das in den Betrieben verteilen. Zusammengefasst sagen wir: Wenn ihr heute individuelle Arbeitsverträge unterzeichnet und wenn ihr sogenannte innerbetriebliche Vereinbarungen anstelle von flächendeckenden Tarifverträgen akzeptiert, dann seid ihr morgen allein. Der nächste Schritt der Unternehmer wird es sein, jene Arbeiter, die individuelle Verträge nicht unterschreiben, rauszuwerfen.

Der Präsident will »Start-ups« befördern. Junge Leute sollten »mit neuen Ideen« auftreten und in die Selbständigkeit gehen. Das Stichwort, das Macron nutzt, ist »Freiheit«.

Zunächst: Die Losung der französischen Regierung ist »Besser eine Scheißarbeit als gar keine Arbeit« ...

... das dürfte auch das Motto der deutschen Regierung sein ...

... ja, ich weiß, von dort kommt sie ja. Das Ergebnis ist, dass viele dieser prekär Beschäftigten keine Wohnung mehr haben, sondern in ihrem Auto übernachten. Wir dürfen aber, wenn wir über Start-ups sprechen, nicht etwa die Jungen verurteilen, die darin eine persönliche Freiheit zu erkennen glauben. Wir müssen jedoch klarmachen, dass das eine Illusion ist. Denn am Ende arbeitet jeder für irgend jemand anderen. Arbeit in Unabhängigkeit und ohne Vorgesetzten, das klingt verlockend. Was dabei aber völlig fehlt, sind die kollektiven Garantien – Krankenversicherung, Mindestlohn, Altersvorsorge. Wir haben den Fall Uber: Bei dem Unternehmen arbeiten diese »Taxichauffeure« auf eigene Rechnung. Inzwischen haben sie eine Gewerkschaft gegründet, denn ihnen wird nichts geschenkt. Wenn dem Uber-Boss ein Fahrer nicht mehr passt, dann bekommt der halt keine Aufträge mehr. Der Chef muss die Person nicht mal mehr rausschmeißen. Da sind wir als Gewerkschaft gefragt. Wir müssen diese Leute schützen. Es gibt übrigens nicht besonders viele erfolgreiche Start-ups, denn das Kapital nährt sich von schlecht bezahlter Arbeit, von Prekarität.

Worum wird also ab dem 12. September gekämpft?

Um mehr Rechte und um die Bewahrung der bestehenden Rechte der Lohnabhängigen. Die Regierung will sie abbauen. Das würde bedeuten, dass einige privilegiert sind. Das ist verkehrte Welt, in der es keine Égalité mehr gibt. Dabei steht sie doch im Wahlspruch der Republik an zweiter Stelle: Liberté, Égalité, Fraternité! Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

Macron und sein Premierminister wollen den Arbeitsmarkt künftig per »Ordonnance«, also per Verfügung, ganz im Sinne der Unternehmer regeln. Ihre Parlamentsmehrheit soll ihnen das erlauben.

Frankreich befindet sich immer noch im Ausnahmezustand, den der frühere Präsident François Hollande im November 2015 nach dem Attentat auf das Konzerthaus Bataclan verhängte. Schon im vergangenen Jahr gerieten Menschen, die ihr Demonstrationsrecht wahrnahmen und friedlich gegen das Arbeitsrecht protestierten, deswegen in Konflikt mit der Regierung. Wie wird es weitergehen, wenn die Gewerkschaften im Herbst wieder zum Protest aufrufen sollten?

Wir sind der Meinung, dass der Terrorismus bekämpft werden muss. Wir sagen aber gleichzeitig: Die Kriege, die diesen sich im Terrorismus manifestierenden Fanatismus produzieren, müssen beendet werden. Es macht uns nicht unbedingt beliebter, wenn wir Bomben auf die Häuser der Menschen werfen. Wenn nun Regelungen des Ausnahmezustands in normale Gesetze aufgenommen werden sollen – und das hat die Regierung zweifellos vor –, dann wird künftig jeden Tag »Ausnahmezustand« sein. So werden Bürgerrechte beschnitten oder vollends abgeschafft, am Ende kann der Regierung fast jeder als Terrorist gelten. Hier wird eine sehr ungesunde Stimmung erzeugt, die der extremen Rechten und dem Faschismus nützt. Auch das Wort »Liberté« im Wahlspruch unserer Republik muss seinen Sinn endlich wiederbekommen.

Ein anderes Thema: Gewerkschaften waren im Laufe ihrer langen Geschichte immer auch Teil der Friedensbewegung. Was wir gegenwärtig sehen, sind europäische Industrieländer wie Deutschland, Frankreich und Italien, in denen immer mehr Militärgerät hergestellt wird. In imperialistischen Kriegen, etwa in Afrika oder im Mittleren Osten, wird es eingesetzt. Was unternimmt die CGT dagegen?

Unser Standpunkt ist klar: Waffen braucht Frankreich nur zur Verteidigung. Wir wollen keine Kriegsgerät an andere verkaufen. Leider investieren große Konzerne genau in diesen Industriezweig, weil dort enorm viel Geld zu machen ist. Was wir jüngst wieder bei der sogenannten Luftfahrtschau in Le Bourget im Norden von Paris gesehen haben, war erschreckend. Ungeheure Militärtechnik, immer ausgefeiltere Anwendungen für den Kriegseinsatz wurden dort vorgestellt. Wir wollen von einem Unternehmen wie Airbus aber keine Kriegstechnik, sondern neue Entwicklungen, die der zivilen Luftfahrt weiterhelfen. Etwa bei der Bekämpfung von Bränden aus der Luft, um ein Beispiel zu nennen. Wir wollen, dass das viele Geld, das dort investiert wird, endlich für die Zivilgesellschaft ausgegeben wird. Für den Schutz der Natur und der Menschen. Vor unseren Augen werden Städte zerstört, werden Menschen vertrieben, die dann im Meer ertrinken. Wir haben mitten in Paris Flüchtlingslager, und die Polizei verjagt 1.500 Menschen aus einem Camp, ohne ihnen zu sagen, wo sie hinsollen. Waffen sind keine Waren wie alle anderen.

Eine abschliessende Frage: Nach der sogenannten digitalen Revolution steht uns angeblich eine noch größere Umwälzung ins Haus, die »künstliche Intelligenz«. Sind die Gewerkschaften darauf vorbereitet? Was tun, wenn die Roboter unsere Arbeit übernehmen?

Ich selbst nenne das nicht Revolution, sondern Evolution. Hinter allen Ideen und technischen Entwicklungen steht der Mensch, und alles Neue wird in Verbindung bleiben mit seiner Kreativität. Die Frage »Kapital oder Mensch?« stellt sich nicht. Denn es geht immer um uns. Wir müssen unterscheiden zwischen unseren tatsächlichen Bedürfnissen und dem, was technisch machbar ist. Letzteres darf nicht zum Dogma werden. Das muss auch der neuen Regierung gesagt werden, die offenbar glaubt, sie könne den öffentlichen Dienst, überhaupt Dienstleistungen allgemein, durch technische Installationen wie Anrufbeantworter und andere Automaten in den Rathäusern oder entsprechende Kassen in Supermärkten ersetzen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir müssen die Dienste menschlich halten. Sie brauchen nicht weniger, sondern mehr Personal. Der Mensch ist auf das Gespräch und den Austausch angewiesen, eine automatische Kasse kann das nicht leisten. Wer eine Gesellschaft human strukturieren will, der darf weder öffentliche noch private Dienstleistungen durch Technik ersetzen. Selbst wenn diese als »intelligent« verkauft wird.

Philippe Martinez, 55 Jahre alt, ist der Sohn spanischer Einwanderer. Sein Vater kämpfte 1936 in den Internationalen Brigaden gegen den Faschismus und die Franco-Diktatur in seiner Heimat. Seit 1982 arbeitete Martinez als Ingenieur in den Renault-Werken in Boulogne-Billancourt, seit 1984 ist er Gewerkschafter. Im Jahr 2002 verließ er den Parti Communiste (PCF). 2008 wurde er zum Generalsekretär der Metallarbeitergewerkschaft FTM-CGT gewählt. Im Januar 2015 wurde er Chef des Dachverbandes CGT